

„Wir müssen um die jungen Wählerinnen und Wähler kämpfen“

Für viele Menschen ist die Europawahl Anfang Juni noch weit entfernt. Doch schon jetzt gilt es, sich mit dieser zukunftsweisenden Abstimmung zu befassen. Im Europäischen Haus in Sichtweite des Brandenburger Tors fand ein Netzwerkabend statt zum Thema „Europa vor den Wahlen – wie gelingt der europäische Integrationsprozess in Zukunft?“



Podiumsdiskussion während des Netzwerkabends des Europanetzwerk Deutsch (Foto: Ludwig Nachtmann)

Vom 6. bis 9. Juni dürfen die Menschen in Europa wählen. Dann wird über das neue Europäische Parlament entschieden. Ein wichtiger Anlass, um schon jetzt beim Netzwerkabend des Europanetzwerk Deutsch zum Thema „Europa vor den Wahlen – wie gelingt der europäische Integrationsprozess in Zukunft?“ darüber zu diskutieren.

Engagierte Abgeordnete und ambitionierte Europapolitik

Moderatorin Luise Quaritsch, Policy Fellow für EU-Demokratie am Jacques Delors Centre, wollte von Manica Hauptman, der Leiterin des Politischen Teams der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, zunächst wissen, wie sie die Rolle des Europaparlamentes in den nächsten fünf Jahren einschätzt. Hauptman betonte, dass es sehr engagierte Abgeordnete gebe und sie weiterhin eine ambitionierte Europapolitik erwarte. Gleichzeitig müsse man auch mit sehr starken Meinungen aus dem Parlament rechnen, etwa, wenn es um kontrovers diskutierte Themen wie Asyl und Flucht gehe.

Die Europaabgeordneten hätten viel Macht, was man in den Mitgliedsstaaten gar nicht immer exakt so mitbekomme. „Wir brauchen ein demokratisches europäisches Parlament, sonst könnten wir als Kommission nicht arbeiten. Wir in der Kommission wollen den Menschen klarmachen, was Europa bedeutet.“ Viele Menschen in den Mitgliedsländern wüssten gar nicht, dass sie überhaupt wählen dürfen. „Wir als Beamte wollen in der realen Welt unterwegs sein.“ Dennoch sei es bisweilen schwer zu erklären, was in den letzten Jahren gemacht wurde.



Manica Hauptman, die Leiterin des Politischen Teams der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland (Foto: Ludwig Nachtmann)

„Zu spät auf dem Radar der Menschen“

Zu den Auswirkungen der Wahl äußerte sich auch Thorsten Faas, Professor für Politikwissenschaft und Wahlforscher an der Freien Universität Berlin. „Die Europawahl kommt spät auf den Radar der Menschen, dennoch treibt es sie um.“ Die Politikwissenschaft beschreibe das unter anderem mit dem Begriff „Second Order National Elections“. In der Wahrnehmung vieler Europäerinnen und Europäer sei diese Wahl nicht die Hauptwahl. Paradoxerweise hätten oft politische Kräfte, die gegen die EU seien, großes Interesse an der Wahl.

Wahlalter wird in fünf Ländern gesenkt

Moderatorin Quaritsch fragte Faas, ob die Wahlrechtsreform ein breiteres Interesse hervorrufen könne. Das Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde in Deutschland und vier anderen

Mitgliedsstaaten abgesenkt. Belgien, Österreich, Griechenland und Malta räumen 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht ein. „Damit vergrößert sich das Elektorat“, so Faas. Er befürwortet diese moderate Verjüngung der Wählerschaft: „Es lohnt sich, um diese Gruppe zu kämpfen.“ Das Alter zwischen 18 und 20 sei allerdings ein schwieriges Wahlalter, weil es viele Umbrüche im Leben dieser Altersgruppe gebe. Aus repräsentativen Erhebungen sei bekannt, dass die geringste Wahlbeteiligung bei Menschen um die 20 herrsche.

Für Katharina Braig, Referatsleiterin für Angelegenheiten des Europäischen Parlaments im Auswärtigen Amt, wird in Zukunft die Erweiterung und Reform der EU eine große Rolle spielen. „Die Handlungsfähigkeit der EU muss auf den Prüfstand gestellt werden.“



von links: Thorsten Faas, Professor für Politikwissenschaft und Wahlforscher an der Freien Universität Berlin; Katharina Braig, Referatsleiterin für Angelegenheiten des Europäischen Parlaments im Auswärtigen Amt und Moderatorin Luise Quaritsch, Policy Fellow für EU-Demokratie am Jacques Delors Centre (Foto: Ludwig Nachtmann)

Politikwissenschaftler Faas plädiert für Optimismus

Aus dem Publikum kam eine Frage von Dennis Awar, Politikberater, der von Faas wissen wollte, ob dieser eine Radikalisierung als Ergebnis der Europawahl erwarte. Faas sieht das nicht nur negativ. „Viel mehr Parteien sagen, die EU ist ein gutes Projekt. Aber dennoch bleibt das Projekt diffus. In Deutschland gehen die Politiker mit parteipolitischer Motivation in die Wahl.“ Rechtspopulisten würden weiterhin aus guten Gründen nicht an Entscheidungsverfahren beteiligt werden. „Der Stern der

AfD ging zwar hoch, er ist aber auch schon gesunken.“ Seiner Meinung nach müsse man optimistisch bleiben und für demokratische Werte eintreten.

Auch der Ukraine-Krieg kam zur Sprache. Die französische Stipendiatin Anne Weiler fragte, ob der Aufbau einer europäischen Armee durch den Krieg vorangetrieben würde. Katharina Braig glaubt nicht, dass das transatlantische Bündnis durch eine europäische Armee ersetzt wird. „Die Armee kommt sicher nicht übermorgen, trotz vieler Initiativen.“ „Bis wir eine europäische Armee haben, wird es noch dauern“, warf auch Manica Hauptman ein. Laut Faas ist die Verteidigung eines Landes prinzipiell die Kernaufgabe eines Nationalstaates. Dass man Soldaten gegen den Willen einer Landesregierung in einen Krieg schicke durch Mehrheitsentscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen würden, hält er für problematisch.

„Tiefgründige und interessante Diskussion“

Einer der Teilnehmer war Arthur Frugère aus Frankreich. Er studiert seit Oktober für ein Semester an der Humboldt-Universität und ist zudem Parlamentsstipendiat des Deutschen Bundestages. „Die Diskussion war sehr tiefgründig und interessant“, sagt er. Er wünscht sich, dass eine gemeinsame Industriepolitik in der EU vertieft würde und sich die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich mehr mit der Wahl beschäftigen würden. Ihn interessiert speziell der deutsche Blick auf die künftigen Herausforderungen.



Vernetzung verschiedener Expertinnen und Experten aus ganz Europa (Foto: Ludwig Nachtmann)

Kira Geadah findet den Aspekt des stärkeren Zusammenwachsens der Mitgliedsstaaten sehr wichtig. Sie studiert Politik- und Rechtswissenschaften und ist Teilnehmerin des Netzwerkprogramms „Generation Europa 2024“. 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten dafür ein Jahr zusammen zu Themen der deutsch-französischen Beziehungen. „Ich mache mir große Sorgen wegen eines möglichen Rechtsrucks in Europa, aber wir können viel dagegen tun. Wir müssen die jungen Wählerinnen und Wähler mobilisieren und sehen, was für eine Chance in dieser Wahl steckt.“

Der Netzwerkabend fand im Rahmen des 30. Jubiläums des Europeanetzwerk Deutsch statt. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes fördert das Goethe-Institut mit dem Programm Europeanetzwerk Deutsch seit 1994 die deutsche Sprache als Arbeits- und Verfahrenssprache in den Europäischen Institutionen und setzt sich für ein aktives europäisches Netzwerk ein.

Weitere Informationen unter: www.goethe.de/europanetzwerkdeutsch

Autorin: Annette Walter